

Wahlprogramm SPÖ Frauen 2008

Mit neuer Kraft! Für mehr Chancen, Rechte und Einkommen.

Für Österreichs Frauen ist die kommende Wahl eine richtungweisende Entscheidung für die Zukunft. Die SPÖ verfolgt einen konsequenten Weg für Frauen. Wir schaffen neue Bildungs- und Qualifizierungschancen, stärken die Rechte von Frauen in allen Bereichen, sorgen für soziale Sicherheit und gestalten Rahmenbedingungen, damit Frauen vorwärts kommen.

Der SPÖ ist es gelungen, wichtige Weichen zu stellen: In allen Bundesländern wird die Kinderbetreuung ausgebaut, mit dem flexiblen Kindergeld haben Eltern mehr Möglichkeiten ihre Karenzzeit individuell zu gestalten, neue Arbeitsplätze wurden geschaffen und die Beschäftigungssituation von Frauen deutlich verbessert. Das Budget für den Gewaltschutz wurde stark erhöht, sodass eine flächendeckende Betreuung von Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, sichergestellt ist. Maßnahmen wie die Entlastung der Einkommen bis 1.350,- Euro brutto, durch die Senkung bzw. Abschaffung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, ein Mindesteinkommen von 1.000,- Euro, Zuschläge für Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten, die Förderung der Pflege daheim, sowie eine deutliche Aufwertung der Kindererziehungszeiten für die Pensionsberechnung kommen Frauen in hohem Maße zugute. Diesen Weg müssen und wollen wir fortsetzen!

Österreichs Frauen haben es am Wahltag in der Hand, die Zukunft in ihrem Sinne zu gestalten!

Soziale Sicherheit für Frauen

Auf Initiative der SPÖ Frauen wurden in den SPÖ-geführten Ministerien in dieser Legislaturperiode wichtige Maßnahmen für Frauen geplant, gegen die sich die ÖVP jedoch quergelegt hat. Diese Vorhaben müssen sofort umgesetzt werden!

Zentrale Themen für Frauen sind eine Sicherung des Gesundheitssystems und die Förderung der legalen Pflege daheim sowie der Ausbau von Pflegeeinrichtungen.

Frauen sollen sich darauf verlassen können, dass optimale Gesundheitsvorsorge, medizinische Behandlung und Pflege- und Betreuungssicherheit für alle gleichermaßen zur Verfügung stehen. Diese Angebote sollen ohne weitere Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge sowie ohne zusätzliche Selbstbehalte garantiert werden. Eine Wertschöpfungsabgabe oder eine Vermögenszuwachssteuer sind zur Sicherung des Gesundheitssystems heranzuziehen. Von einer weiteren Belastung des Faktors Arbeit muss Abstand genommen werden.

Noch immer übernehmen Frauen den überwiegenden Anteil der Pflege von Angehörigen zu Hause. Diese Arbeit muss in Zukunft als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt und finanziell unterstützt werden. Eine gute Infrastruktur mobiler wie stationärer Pflege soll sicherstellen, dass auf die individuellen Anforderungen jeder und jedes Einzelnen Rücksicht genommen wird.

Maßnahmen für leistbare Pflege für alle sind:

- Anhebung des Pflegegeldes von fünf Prozent für alle Pflegestufen, darüber hinaus jährliche Valorisierung, sowie die bessere Einstufung von Demenzkranken
- Erhöhung der Förderung sowohl für selbstständige PflegerInnen als auch für jene in Beschäftigungsverhältnissen
- Arbeits- und sozialrechtliche Absicherung und Qualitätssicherung für alle gewerbsmäßigen PflegerInnen
- Sicherstellung eines umfassenden und flächendeckenden Betreuungsnetzes durch gut ausgebildete Pflegekräfte
- Ausbau mobiler Dienste, Tageszentren und Kurzzeitpflege, der Nacht- und Wochenendpflege sowie betreuter Wohnformen

Die Preissteigerungen vor allem bei Grundnahrungsmitteln, aber auch bei Heizkosten und Treibstoffen bekommen Frauen besonders stark zu spüren. Immer mehr Menschen kämpfen trotz eines regelmäßigen Einkommens mit dem täglichen Überleben. Daher ist es wichtig, schnell zu reagieren. Die SPÖ hat eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, um die Teuerung zu stoppen:

- Vorziehen der Steuerreform auf 2009
- Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen
- Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Preiskontrolle

- Anhebung der Familienbeihilfe (diese muss im Regelfall an die Frauen ausbezahlt werden)
- Wir wollen uns für größte Zurückhaltung bei Teuerungen im öffentlichen Bereich, etwa bei Fahrpreisen oder Mieten, in den nächsten zwölf Monaten einsetzen.

Armut in Österreich ist vermeidbar, wenn wir uns zur solidarischen Gemeinschaft bekennen. Kinder, denen es am Notwendigsten fehlt, Familien, die sich im Winter keine Heizung leisten können, das alles sind Tatsachen, die die SPÖ nicht hinnimmt! Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung wollen wir ein soziales Sicherheitsnetz für alle schaffen. Das Konzept enthält darüber hinaus Programme, die die Menschen dabei unterstützen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Armut kann politisch bekämpft werden:

- Ausgleichszulage und Mindestsicherung müssen über der Armutsgefährdungsschwelle liegen.
- Das Partnereinkommen darf beim Notstandshilfebezug nicht angerechnet werden.

Das bestehende Unterhaltsrecht weist Lücken auf. In Österreich leben 251.000 alleinerziehende Mütter und 44.000 alleinerziehende Väter. Das sind rund 13 Prozent der Familien. Ein hohes Armutsrisiko trifft Alleinerziehende und Kinder besonders dann, wenn Unterhaltsleistungen nicht oder nicht regelmäßig gesichert sind. Das Risiko der Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen darf nicht auf dem Rücken des Kindes ausgetragen werden.

Die SPÖ Frauen wollen die Umstellung auf ein praktikables Modell, weg vom Unterhaltsvorschuss, hin zur Unterhaltssicherung, wie es bereits in Skandinavien erfolgreich angewendet wird:

- Der Staat soll den Unterhalt nach Bedarf des Kindes bezahlen und sich das Geld vom Unterhaltspflichtigen zurückholen.
- Bis dahin sollen Unterhaltsbestimmungen – vor allem der Vorschuss – fair gestaltet werden, sodass die Existenz des Kindes/der Kinder gesichert und eine Ausbildung ermöglicht wird.
- Rasche Abwicklung der Unterhaltsverfahren

Die SPÖ Frauen stehen für Fortschritt und Erneuerung. Ein modernes Familienrecht soll den Lebensbedingungen und Bedürfnissen der Menschen gerecht werden.

Diskriminierungen von Lebensgemeinschaften müssen beseitigt werden. Wie Menschen in diesem Land leben möchten, entscheiden sie selber.

Die SPÖ Frauen wollen alle Benachteiligungen vermeiden:

- Neue Gesetze für Patchworkfamilien regeln die Aufgaben und Befugnisse der/des LebenspartnerIn bei der Kinderbetreuung
- Eheschließung am Standesamt für gleichgeschlechtliche Paare wird möglich
- Lebensgemeinschaften werden aufgewertet. Wer seine Partnerschaft offiziell bekannt gibt, soll Erleichterungen im Erb- und Sozialrecht sowie anderen relevanten Rechtsbereichen erhalten. Aber auch Unterhaltsverpflichtungen im Falle einer Trennung sollen möglich sein.

Eine von fünf Frauen ist zumindest einmal im Leben von Gewalt betroffen. Besonders wenn Frauen Gewalt in ihrer eigenen Familie erfahren, ist gesellschaftliches Eingreifen notwendig. Trotz eines fortschrittlichen Gewaltschutzgesetzes, das aufgrund von SPÖ Initiative umgesetzt wurde, sind weitere Maßnahmen notwendig:

- Stärkung der Opferrechte
- Verbesserung des Wegweiserechts: Durch die Verlängerung der Einstweiligen Verfügung von drei auf sechs Monate bleibt mehr Zeit für den Ausstieg aus der Gewaltbeziehung
- Ein neuer Straftatbestand für langjährige Gewaltbeziehungen soll geschaffen werden. Bisher können nur einzelne Tatbestände wie Nötigung, Körperverletzung, Drohung oder ähnliches geltend gemacht werden.
- Ausbau von Gewaltpräventionsmaßnahmen

Eine eigenständige Pensionssicherung, sowie eine bessere Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten sorgen dafür, dass Frauen auch im Alter über ausreichendes Einkommen verfügen.

Wir wollen gewährleisten, dass Österreich ein Land ist, in dem Frauen in sozialer Sicherheit leben und nicht in finanzielle Notsituationen geraten. Von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der höheren Beschäftigung sollen alle profitieren. Und: Frauen haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben!

Mehr Erfolg für Frauen im Beruf

Die SPÖ will den beruflichen Erfolg fördern und Leistungen der Frauen besser anerkennen.

Damit Frauen über die gleichen Aufstiegschancen wie Männer verfügen, braucht es klare Rechtsbestimmungen. Es gilt, die hohen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern endlich aus der Welt zu schaffen und Frauen die Möglichkeit zu geben, in allen Bereichen die Spitze zu erreichen.

Vom beruflichen Erfolg von Frauen profitiert auch in hohem Maße die Wirtschaft. Sie kann es sich nicht leisten auf die Qualifikation und das Potenzial von Frauen zu verzichten.

Strukturierte Frauenförderung nur in der Politik alleine ist zu wenig. Hier ist es bereits zum Teil gelungen, durch Quoten die Präsenz der Frauen zu steigern. Aber auch die Wirtschaft ist am Zug! Österreichs Betriebe müssen in Zukunft offensiver die Chancen von Frauen stärken und ihnen den Weg in führende Positionen ebnen.

Frauen erobern alle Berufssparten

Die Zahl der Beschäftigten ist im letzten Jahr gestiegen und die Arbeitslosenquote bei den Frauen beträgt zur Zeit fünf Prozent. Derzeit sind 1,597.848 Frauen unselbstständig erwerbstätig. Dennoch ist die österreichische Frauenerwerbsquote von 67 Prozent deutlich geringer als jene der Männer, die nahezu 80 Prozent erreicht. In vielen Ausbildungsbereichen haben Frauen ihre männlichen Kollegen bereits überholt und sie sind dabei, alle Berufssparten und -felder zu erobern. Dennoch konzentriert sich immer noch die Mehrheit der Frauen auf traditionelle Berufsfelder. Die SPÖ will Frauen und Mädchen ermutigen, neue - für sie untypische - Berufe zu wählen.

Wir fordern daher:

- Bessere Berufsinformation während der gesamten Schulzeit
- Die Chance auf Um- und Neuorientierung muss durch Qualifizierungsangebote jederzeit gegeben sein
- Einen bundesweiten Frauenförderfonds zur Förderung der Qualifikation und Berufstätigkeit von Frauen

Teilzeitarbeit darf keine Frauendomäne sein

Teilzeitarbeit ist in verschiedenen Lebensabschnitten eine wichtige Chance, um Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Teilzeitarbeit darf aber nicht zu einer reinen Frauendomäne und zu einer Sackgasse werden! Über vierzig Prozent der erwerbstätigen Frauen, aber nur sieben Prozent der Männer sind teilzeitbeschäftigt. Teilzeitarbeit kann zur Falle für Frauen werden, denn Einkommensnachteile, weniger Aufstiegsmöglichkeiten und in der Folge eine schlechtere sozialrechtliche Absicherung sind die Folge.

Befragungen zeigen, dass diese Beschäftigungsform, vor allem im Handel und in den sozialen Dienstleistungen, nicht immer freiwillig und gewünscht ist. Vor allem fehlende Kinderbetreuungsplätze und die Nichtexistenz von ganztägiger Beschäftigung werden als Grund angegeben, warum keine Vollzeitarbeit angenommen werden kann. 155.000 derzeit teilzeitbeschäftigte Frauen würden gerne länger arbeiten, wenn passende Kinderbetreuung vorhanden wäre.

Auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten wächst weiterhin an, nach wie vor sind zwei Drittel davon Frauen. Oft müssen Frauen mehrere Jobs annehmen, um ihr Überleben zu sichern.

Die SPÖ Frauen fordern:

- Mehr Vollzeit Arbeitsplätze
- bessere sozialrechtliche Absicherung geringfügig Beschäftigter
- Rückkehrrecht von Teilzeit- auf einen Vollzeit Arbeitsplatz
- In allen Bundesländern Ausbau von qualitativ hochwertigen Kinderbildungseinrichtungen mit adäquaten Öffnungszeiten, die den Bedürfnissen von Eltern angepasst sind. Dazu werden wir auch künftig zur Forcierung Mittel zur Verfügung stellen.
- Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung
- Die Kosten für Kinderbetreuung dürfen keine Barriere für den Zugang von Kindern zu Kindergärten oder für die Erwerbstätigkeit von Eltern sein. Langfristig wollen wir das Vorziehen der Schulpflicht auf das 5. Lebensjahr.
- Qualifizierte Teilzeitarbeit, während der auch Aufstiegsmöglichkeiten gesichert sind.

Zeitautonomie für Eltern

Eltern sollen nach der Geburt ihres Kindes ihre Arbeitszeit autonom gestalten können. Wichtig ist, dass sie dabei nicht vom Good-Will des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin abhängig sind.

Die SPÖ Frauen wollen, dass Eltern ihr Berufsleben an ihre individuellen Bedürfnisse anpassen können und ein Recht darauf für alle Eltern schaffen:

- Arbeitszeitautonomie für alle Eltern von kleinen Kindern.
- Wenn Eltern sich für eine Veränderung der Arbeitszeit bei gleicher Stundenanzahl entscheiden, sollen sie mehrmals die Möglichkeit zur Neugestaltung der Arbeitszeit haben.
- Wer während des Kindergeldbezuges die Arbeitszeit um 2/5 (z.B.: von 40 auf 25 Wochenstunden) kürzt, soll keine Zuverdienstgrenze für die Berechnung des Kinderbetreuungsgeldes haben.
- Einkommensabhängiges Karenzgeld

Faire Arbeitsteilung

Männer müssen endlich einen fairen Anteil an familiärer Arbeit und Kinderbetreuung übernehmen. Derzeit sind immer noch nur fünf Prozent der Männer in Karenz.

Die SPÖ Frauen wollen daher Anreize für eine höhere Beteiligung der Väter schaffen:

Mit der Einführung eines Papamonats soll ein eigener Rechtsanspruch des Vaters auf eine berufliche Freistellung gesichert sein. Diese Zeit soll vier bis acht Wochen umfassen. Wichtig ist eine arbeits- und sozialrechtliche Absicherung mit Versicherungs-, Kündigungs- und Entlassungsschutz.

Mehr Geld

Österreichs Frauen müssen endlich genauso viel wie ihre männlichen Kollegen verdienen. Derzeit erhalten Frauen insgesamt rund 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens von Männern. Teilzeit und die Konzentration auf traditionell schlecht bezahlte Berufsfelder sind

wichtige Ursachen, können aber dennoch die hohe Einkommensschere nicht ausreichend erklären. 43 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frauen verdienen weniger als 20.000,-- Euro im Jahr (rund 1.070,-- Euro netto im Monat)!

Frauen wollen bessere Aufstiegschancen und eine faire Entlohnung. Die Einkommensschere muss in den kommenden Jahren geschlossen werden.

Der Weg an die Spitze

Derzeit sind Frauen in Führungspositionen noch viel zu wenig vertreten. Der Frauenanteil stagniert auch 2008 sowohl in der Geschäftsführung als auch im Aufsichtsrat und zeigt noch keine Verbesserungen auf.

Eine Studie der Arbeiterkammer Wien unter den Top 200 der österreichischen Unternehmen zeigt, dass nur 29 Frauen von insgesamt 626 Personen als Geschäftsführerin tätig sind, das heißt, hier liegt der Frauenanteil bei nur 4,6 Prozent! In den Aufsichtsräten liegt der Frauenanteil bei nur 9 Prozent! Der Anteil der Frauen in den wichtigen Kontrollorganen der Unternehmen sowie auf der Ebene der Geschäftsführung ist noch sehr gering. In nur 15 der 200 größten österreichischen Unternehmen ist in beiden Gremien zumindest eine Frau vertreten.

- Um den Anteil von Frauen in Führungsgremien zu erhöhen soll nach dem Beispiel Norwegens eine 40-prozentige Frauenquote im Aufsichtsrat von Unternehmen festgelegt werden. Die Erfahrung zeigt, dass dadurch auch der Anteil von Frauen in Managementfunktionen deutlich gesteigert wird. Mehr Frauen in Leitungsfunktionen bedeutet auch, dass die Interessen von Frauen in einem Unternehmen stärker berücksichtigt werden.

Mit Frauenförderung punkten

In Zukunft sollen mehr Anreize für aktive Frauenförderung der Unternehmen geschaffen werden:

- Bessere Dotierung von Gleichbehandlungsanwaltschaften und aktiver Arbeitsmarktpolitik für alle Frauen

- Veröffentlichung betrieblicher Statistiken über Frauen- und Männereinkommen auf regionaler bzw. nationaler Ebene
- Frauenförderungsprogramme in Betrieben forcieren
- Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll an aktive Frauenförderung wie Frauenförderpläne, Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils, Wiedereinstiegsprogramme, Weiterbildungsmöglichkeiten, Einsetzung von Frauenbeauftragten, Bereitstellung betrieblicher Kinderbetreuung, Teilzeitarbeit in Führungspositionen, Erhöhung der weiblichen Beschäftigten in Führungspositionen und Maßnahmen zum Schließen der Einkommensschere geknüpft werden.
- Staatliche Wirtschaftsförderung von Unternehmen besteht aus Basisförderung und einem zusätzlichen finanziellen Spielraum, der an Qualitätskriterien gekoppelt ist. Ebenso wie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll Frauenförderung als Maßstab für das Fördervolumen herangezogen werden.